



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 26.06.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Kinder- und Familienzentren in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 240/19

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Tagesordnungspunkt 9 auf Wunsch von Stadtrat **Daferner** hinsichtlich der umfangreichen Tagesordnung abgesetzt. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Nachdem es keine weiteren Änderungswünsche gibt, ruft EBM Seigfried Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBM **Seigfried**, Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) und Vertreter der katholischen Kirche, sowie der Arbeiterwohlfahrt informieren über die Kinder- und Familienzentren in Ludwigsburg.

Seit dem Jahre 2006, ausgehend vom Stadtentwicklungskonzept, begleite man dieses Thema führt EBM **Seigfried** aus. Die strategischen Ziele wie Sprachförderung, Erziehungskompetenz und aktives einbringen der Eltern, individuelle Förderung der Kinder, Förderung der Chancengleichheit, sowie interkulturelles Profil seien noch heute aktuell. In den zurückliegenden Jahren haben sich einige Begrifflichkeiten geändert. Das Ziel sei eine frühe exzellente Förderung der Kinder und präventive Unterstützung der Familien. Der Gemeinderat habe ein deutliches Signal für die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes und eine dauerhafte Förderung der Kinder- und Familienzentren gesetzt. Wichtig sei die enge Zusammenarbeit und Verknüpfung mit den großen und kleinen Trägern.

Herr **Wunram** (katholische Kirchengemeinde) merkt an, dass das Programm in Ludwigsburg von Erfolg gekrönt und nachhaltig sei. Insbesondere geht er auf den Stadtteilbezug ein. Man schaffe einen stabilen Stadtteil, eine Plattform für bürgerschaftliches, partizipatives Engagement, Vernetzung mit den Vereinen, Begegnungsräume, Bildung von Stadtgesellschaft und trage zu einer individuellen Qualität bei. Die Familien werden in den Mittelpunkt gestellt. Auch der Kirchenträger habe aus diesem Konzept gelernt und profitiert.

Herr **Schrödel** (Arbeiterwohlfahrt) schließt sich seinem Vorredner an. Die Stadtteilarbeit sei ein wesentliches Merkmal der Kinder- und Familienzentren. Es gebe verschiedene Kooperationen mit den Trägern wie die enge Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle der Caritas, dem Sozialdienst des Jugendamtes, sowie der Stadtbibliothek und Jugendmusikschule. Die Raumprogramme der neuen Einrichtungen werden auf die bisherigen Erfahrungen abgestimmt. Er sieht hier ein Leuchtturmprojekt mit einem hohen personellen Aufwand und dankt der konsequenten Unterstützung der Verwaltung und des Gemeinderates.

Frau **Schmetz** (F Bildung und Familie) fügt die Kernpunkte der Kinder- und Familienzentren hinzu. Dies sei die Sozialraumorientierung mit der Wirkung des Kinder- und Familienzentrums nach außen in den Stadtteil, sowie nach innen. Weiter geht sie auf die intergenerativen, gemeinsamen

Angebote und die Stadtteilbeauftragten ein. Mit dem Thema Inklusion müssen sich die Kinder- und Familienzentren strukturell und konzeptionell befassen.

EBM **Seigfried** geht auf den Fachtag im letzten Jahr ein und eröffnet die Aussprache.

Dank für den Rückblick und die Vorlage spricht Stadträtin **Seyfang** aus. Sie lobt die Arbeit und wünscht eine Ausweitung. Aus der Bildungslandschaft seien die Kinder- und Familienzentren nicht mehr wegzudenken. Sie dankt Herrn **Wunram** für die gute Zusammenarbeit und wünscht für die Zukunft an der neuen Arbeitsstelle alles Gute.

Ebenso dankt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** Herrn EBM Seigfried für die Idee und die konsequente Umsetzung. Weiter geht sie auf die guten baulichen, architektonischen Gebäude ein, die in den Stadtteil einwirken. Diese tragen zur Entwicklung des Quartiers bei und seien ein multifunktionaler Treffpunkt. Die künftige Personalgewinnung sieht sie mit Sorge.

Stadtrat **Daferner** dankt ebenso. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei die Stärkung der sozialen Beziehungen der Familien entscheidend. Dennoch müsse es eine Weiterentwicklung geben. Hier stellt er die Frage auf die weitere Verdichtung, die Größe der Einrichtung, die Anforderungen an das Leitungspersonal und die Personalgewinnung und wie dies künftig, insbesondere finanziell, gestemmt werden könne. Sprache und Bildung seien Grundlagen für Inklusion und Integration.

Die Idee sei überzeugend durchgesetzt worden, so Stadträtin **Moersch** und dankt hierfür insbesondere EBM Seigfried. Die Kinder- und Familienzentren seien Keimzellen des gesellschaftlichen Lebens und sollten stadtübergreifend eingerichtet werden. Sie dankt für diese außergewöhnliche Leistung und werde dies überzeugt weiter unterstützen. Erinnern wolle sie an die Initialfinanzierung über den Fonds Jugend, Bildung und Zukunft.

Die Kinder- und Familienzentren seien eine moderne Form der Kinderbetreuung und decken ein vielfältiges Spektrum wie Einbindung in die Stadtteilarbeit, Förderung und Entwicklung der Inklusion, Begegnungsstätte, Netzwerkknoten, unterschiedliche Plattformen und bürgerschaftliches Engagement ab, so Stadtrat **Heer**. Die Betreuungsangebote seien passgenau. Hierdurch werde den Eltern ein Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit möglich gemacht. Er dankt allen Initiatoren und Trägern und werde dies weiterhin gerne unterstützen.

EBM **Seigfried** dankt den Trägern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort. Zu bemängeln sei, dass nicht in allen Kinder- und Familienzentren für die optimale Erfüllung die räumliche Aufstellung gegeben sei. Zudem spricht er den Fachkräftemangel an. Weiter geht er auf die Kooperationspartner ein. Die Zusammenarbeit sei gut, dennoch seien teilweise noch Verbesserungen möglich. Des Weiteren spricht er das pädagogische Setting der Fachkräfte und die Herausforderung der Leitungskräfte in Form von organisatorischer, personalwirtschaftlicher, Gemeinwesen orientierter, pädagogischer Arbeit an. Zudem fehle es an Betreuungsplätzen. EBM Seigfried dankt allen Beteiligten und schließt diesen TOP.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Maßnahmenplan zur Gewinnung von pädagogischen Mitarbeitenden wird zugestimmt.
2. Die hierfür notwendigen Stellenplanänderungen sowie die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 752.500 € werden in den Haushalt 2020 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

Vor Einstieg in den Sachvortrag merkt EBM **Seigfried** an, dass heute keine Beschlussfassung erfolge. Nach Abschluss des formellen Beteiligungsverfahrens werde dieses Thema erneut beraten.

Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie stellt das Maßnahmenpaket vor und geht insbesondere auf die Ziele, die Strategien zur Gewinnung von Personal, sowie die Schulkindbetreuung ein. In der Schulkindbetreuung stehe ein Veränderungsprozess an. Weiter geht sie auf die Empfehlungen der OECD ein. Unter anderem solle die Gehaltsstruktur überdacht und die Werbe- und Imagekampagne überarbeitet werden. Eine systematische Personalentwicklung wird ebenso vorgeschlagen, wie auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Eine weitere Empfehlung sei der Blick auf die Quereinsteiger. Sie dankt allen, die am Prozess mitgewirkt haben.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** spricht ebenso seinen Dank aus und geht auf die allgemeine Problematik des Fachkräftemangels ein. Man müsse der Fluktuation entgegensteuern und Mitarbeiterbefragungen bezüglich der Gründe der Kündigungen durchführen. Die Mitarbeiter sollten rechtzeitig eingebunden werden. Zudem solle der Wohnungsmarkt, auch im Hinblick auf Wohngruppen, betrachtet werden. Skeptisch sehe er die langen Öffnungszeiten in den Kinder- und Familienzentren. Kundenorientierung sei wichtig, dennoch müsse für die Umsetzung auch das Personal vorhanden sein. Die Vorlage sei gut und eine hervorragende Grundlage für die weitere Arbeit. Er geht auf die weitere Vorgehensweise ein und empfiehlt die Einbindung des Gemeinderates. Bereits heute wolle er im Hinblick auf die Haushaltsberatungen wissen, wie viele zusätzliche Stellen notwendig seien und die Höhe der finanziellen Unterstützung der Träger.

Es gehe um die Erziehung und Ausbildung der kommenden Generation merkt Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** an. Die Vorlage sei sehr umfangreich entwickelt. Weiter spricht sie die Problematik der hohen Fluktuation und das Abwerben der Fachkräfte an.

Der Fachkräftemangel werde zu einer gesamtgesellschaftlichen Problematik, so Stadtrat **Daferner**. Weiter geht er skeptisch auf die Bezahlung, die Finanzierung, sowie die Dokumentationsbürokratie ein. Problematisch sehe er den auferlegten Rechtsanspruch und die Umsetzung vor Ort. Er werde dennoch dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen und diesen unterstützen.

Stadtrat **Dengel** unterstützt die vorgestellten Maßnahmen, trotz der angeführten berechtigten Kritik der Vorredner. Er hoffe hier auf Unterstützung vom Staat. Zur Maßnahme der Personalreserve will er wissen, wie und wo diese eingesetzt werden, sofern nicht gebraucht.

Stadtrat **Heer** sieht hier ebenso ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es müssen wesentliche Verbesserungen, insbesondere beim Gehalt, erfolgen. Besorgt sehe er den erhofften Erfolg und Effekt der Maßnahmen, wenngleich diese sehr gut seien. Die Städte stehen bei der Personalgewinnung in einem Wettbewerb. Die Ausbildung solle durch Besoldungsanreize attraktiver werden. Die Außendarstellung, auch durch Flyer, müsse überdacht werden.

Frau **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Eine standardisierte Befragung durch den Personalrat, sowie eine differenzierte Mitarbeiterbefragung sei erfolgt. Eine Befragung der Ausgeschiedenen jedoch nicht, durchaus sei dies zu überlegen. Finanziell sei man tariflich gebunden, dennoch nutze man jegliche Spielräume. Das Personalmanagement versucht innerhalb der eigenen Trägerstruktur nach Alternativen zu suchen, sofern ein Wechsel angedacht wird. Systematisch sei in der Vergangenheit dieses Thema ständig aufgegriffen worden. Die Gehaltsstufe sei häufig ausschlaggebend. In der Regel gebe es viele unbesetzte Stellen, hier werden die Personalreservestellen benötigt.

Stadträtin **Deetz** geht auf das anstrengende Berufsbild und die Struktur ein. Bei einem guten Abschluss folgt häufig eine Weiterbildung.

EBM **Seigfried** geht auf das weitere Vorgehen ein. Die finale Beratung erfolge im Gemeinderat. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Beschlussempfehlung:**1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:**

- 1.1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2019/20 wird zugestimmt.
- 1.2. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 1,03 Stellen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Brändle** (FB Bildung und Familie) geht auf die Vorlage ein. Die Träger seien zur Antragstellung aufgefordert worden. Bei der Trägerkonferenz habe es bezüglich der Bewertung keine Einwände gegeben. Optimierungsgespräche seien mit den Trägern durchgeführt und vorab in der Steuerungsgruppe und Trägerkonferenz abgestimmt worden. Das Ziel sei mehr Plätze zur Verfügung zu stellen. Weiter geht er auf die betroffenen Einrichtungen und die Veränderungen ein.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** spricht seinen Dank an das Verwaltungsteam und die Träger aus. Durch Optimierung können mehr Plätze angeboten werden. Dennoch seien in manchen Ortsteilen noch Defizite. Weiter geht er auf die geplanten Maßnahmen in den einzelnen Stadtteilen ein. Er wünsche eine Vorausschau und einen Gesamtüberblick der großen Projekte für die kommenden Jahre.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Aufnahme in die kommunale Bedarfsplanung des Trägers Pädagogische Kinderförderungsgesellschaft mbH Early Bird Club mit 3 Krippengruppen und 1 Gruppe für Kinder im Alter von 3-6 Jahren mit einer Betreuungszeit von 10 Stunden wird zugestimmt.
2. Zur Deckung seiner laufenden Betriebskosten erhält der Träger eine Betriebskostenförderung entsprechend der Eckpunkte für freie und privatgewerbliche Träger. Für das Haushaltsjahr 2020 belaufen sich die Kosten auf rund 548.800 Euro.
3. Dem Raumprogramm der Kindertageseinrichtung Salonallee wird zugestimmt.
4. Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2020 erhält der Träger für den Kauf und den Umbau des Gebäudes Salonallee 1 eine anteilige Bauinvestitionskostenförderung von maximal 1.061.868 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die Vertreter der Pädagogischen Kinderförderungsgesellschaft mbH Early Bird Club und gibt das Wort an Frau Schmetz weiter.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) geht auf die relevanten Punkte für die Beschlussfassung ein. Die Aufnahme in die Bedarfsplanung sei der erste Schritt. Der Träger habe Erfahrung und schaffe ein Ganztagesangebot. Zunächst sei der Fokus auf die Betreuung im U-3-Bereich gelegen. Von der Verwaltung sei die Betreuung im Ü 3-Bereich gefordert worden. Das Konzept sei daraufhin angepasst worden. Die Konzeption liege vor und kann bei Bedarf ausgehändigt werden. Es werde nach dem Orientierungsplan gearbeitet. Die Eingewöhnung erfolge nach dem Berliner Modell. Ebenso werde eine Zweisprachigkeit angeboten. Der Träger werde sich am zentralen Anmeldeverfahren beteiligen und in der Steuergruppe aktiv mitwirken. Bezüglich des Antrages auf Förderung des Baus werden die Standards definiert. Baurechtlich erfolge die Prüfung. Weiter geht Frau Schmetz auf den Antrag zur Baukostenförderung ein. Die Förderung werde der Träger bei den Elternbeiträgen berücksichtigen.

EBM **Seigfried** geht auf die diversen eingegangenen Mails ein und ergänzt, dass es sich um einen privat-gewerblichen Träger handle, welcher grundsätzlich baurechtliche Fragen klären wolle. Weiter habe der Träger auf Initiative der Verwaltung sein ursprüngliches Konzept geändert. Von Seiten der Verwaltung werde vorgeschlagen diese Einrichtung aufzunehmen. Aufgrund der Herausforderung durch den bestehenden Rechtsanspruchs lasse man private Träger unter bestimmten Voraussetzungen zu. Vorbehaltlich der Beschlussfassung habe die Bedarfsklärung ergeben, dass ein solcher besteht. Er eröffnet die Aussprache.

Die Vielfalt der Träger werde gebraucht, so Stadträtin **Seyfang**. Der Bedarf sei gegeben. Die Aufnahme sei sinnvoll und die Forderungen erfüllt. Für die Parkproblematik müsse noch eine Lösung gefunden werden.

Stadtrat **Kasdorf** geht auf die konstruktive Diskussion in der Fraktion ein. Die Anwohnerschreiben seien zur Kenntnis genommen worden. Vieles könne nachvollzogen werden, jedoch sehe er Kinderlärm nicht negativ. Er bemängelt die späte Einsicht in die Konzeption. Positiv würdigt er das Engagement und die heutige Anwesenheit der Betreiber. Dennoch seien noch Fragen offen, insbesondere welches Klientel angesprochen werde, welcher Mehrwert und welche Entlastung Ludwigsburg hierdurch erfahre. Zudem fordere er ein Verkehrskonzept ein, vorher könne er nicht zustimmen. Jede Einrichtung werde grundsätzlich unterstützt. Weiter geht er auf die hohen Kosten ein. Hier wünsche er einen Vergleich zu anderen Einrichtungen.

Ebenso sieht Stadtrat **Daferner** die Anwesenheit der Betreiber positiv. Dennoch sieht er die Themen Lärmschutz, Parkmöglichkeiten und hohe Kosten als problematisch. Ebenso bemängelt er die späte Vorlage der Konzeption. Der Bedarf werde gesehen, jedoch überzeuge ihn das Konzept noch nicht.

Stadträtin **Moersch** teilt mit, dass ihre Fraktion unterschiedlich abstimmen werde. Sie selbst werde nicht zustimmen. Der Bedarf sei gegeben. Die Anwohneranliegen seien berechtigt, die Darstellung der Kinderfeindlichkeit wundere sie. Es gebe noch zu viele ungeklärte Themen wie Lärmschutz und Verkehr. Der Träger solle sich mit den Anwohnern in Verbindung setzen. Bisher seien die Gesprächsangebote der Anwohner ignoriert worden, kritisiert sie. Weiter wolle sie wissen, welchen Vorteil die Stadt habe. Sie wünsche eine Nachbesserung.

Im Baurechtsverfahren werden die Nachbarbelange abgewogen, so EBM **Seigfried**. Weiter geht er auf die bereits vorhandenen Kindertagesstätten in Wohngebieten ein.

Kinderlärm sei kein Hinderungsgrund merkt Stadtrat **Heer** an. Die Verkehrsproblematik müsse gelöst werden. Er begrüßt das Engagement der privaten Träger und werde der Vorlage zustimmen. Der Zuschuss sollte an die Belegungsrechte gebunden sein. Der kürzlich bezuschusste Kindergarten des Landkreises sei ebenso an die Belegungsrechte gebunden.

Beim Kindergarten des Landkreises bestehen keine Belegungsrechte berichtigt EBM **Seigfried**. Hier habe man eine Festlegung getroffen, dass eine bestimmte Anzahl der Kinder aus Ludwigsburg komme.

Durch ein zentrales Anmeldeverfahren habe man eine gute Kontrollmöglichkeit, so Frau **Schmetz**.

Für die Stadt sei diese Einrichtung eine wirtschaftliche Lösung fügt EBM **Seigfried** hinzu.

Herr **Müller** (Early Bird) geht auf die offenen Fragen ein. Der Einrichtung stehen drei Stellplätze zur Verfügung. Die Öffnungszeiten liegen zwischen 7:30 Uhr und 17:30 Uhr mit flexiblen Bring- und Abholzeiten. Somit ist hier eine Entzerrung des Verkehrs gegeben. Das Thema Lärmschutz sei ein wichtiger Bestandteil des pädagogischen Konzeptes mit einer Verankerung der Außenspielzeit. Es werden täglich Ausflüge angeboten und man sei mit den Kindern viel unterwegs. Er sei für jede Diskussion mit den Anwohnern bereit, jedoch zum richtigen Zeitpunkt. Mit der Verwaltung sei vereinbart, dass vorab die Vorstellung im Gremium stattfinde. Viele Mails und Anfragen diverser Personen und der Presse liegen bereits vor. Zum Teil konnten die Absender nicht zugeordnet

werden. Anfangs sei das Konzept, aufgrund der bisherigen Erfahrungen, auf den U-3-Bereich ausgerichtet gewesen. Gerne wurde das Konzept auf den Ü-3-Bereich ausgeweitet. Eine enge Kooperation mit der Verwaltung sei gewollt. Die Zuschüsse und Förderungen werden an die Eltern weitergegeben. Weiter geht er auf die Kostenhöhe, die tatsächlichen Umbaukosten und den Gesamtaufwand ein.

Viele Fragen seien beantwortet. Das Konzept sei schlüssig merkt Stadtrat **Kasdorf** an und werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** halte den Standort direkt an der B27, aufgrund der Lärm- und Staubbelastung nicht ideal. Momentan fehlen die entsprechenden Förderrichtlinien und er befürchtet einen Präzedenzfall.

Stadtrat **Dengel** werde unter Vorbehalt im Zusammenhang mit der Verkehrsproblematik der Vorlage zustimmen. Er sieht drei Stellplätze als nicht ausreichend. Die Anwohner sollten mit einbezogen und kontaktiert werden.

Stadtrat **Heer** geht erneut auf die Belegungsrechte ein.

Stadtrat **Meyer** zeigt sich über die Diskussion erstaunt. Die Plätze werden gebraucht und die Trägervielfalt sei gewollt. Die Stadt werde durch die privaten Träger entlastet. Bei den bisherigen Projekten habe man kein Verkehrskonzept gefordert.

Herr **Müller** fügt hinzu, dass es bei den bisher betriebenen Einrichtungen mit der direkten Nachbarschaft keine Probleme gegeben habe. Es werde mit den Nachbarn nach einer geeigneten Lösung gesucht. Man wolle sich den Gesprächen nicht verwehren.

Die gesetzlichen Bestimmungen müssen eingehalten werden, so Stadtrat **Haller**. Das berechtigte Interesse werde durch den Gesetzgeber festgelegt. Der Standort mit der verkehrlichen Anbindung an die B27 sei vorteilhaft. Der Raum in der Stadt sei eng. Es gebe keine Alternativen.

Eine Verstärkung der Verkehrsproblematik sei durch die Einrichtung nicht gegeben, merkt EBM **Seigfried** an. Jede Veränderung in der Nachbarschaft, vor allem mit Außenwirkung, sei eine Belastung. Hier gebe es die Möglichkeit der Nachbaranhörung.

Bisher habe die Verwaltung ein breites Bürgerbeteiligungsverfahren gepflegt, rügt Stadträtin **Moersch**. Die Gesprächsangebote seien ignoriert worden. Sie wundert sich, weshalb in der Vorlage kein Parkkonzept und kein Schallschutzkonzept erwähnt werden.

Im Baurechtsverfahren werden die Stellplatzfrage und der Lärmschutz geklärt, fügt EBM **Seigfried** hinzu. Im heutigen Ausschuss werde die Bedarfsfestlegung und Förderentscheidung getroffen.

Die Plätze werden gebraucht, dennoch müsse der Standort diskutiert werden, merkt Stadtrat **von Stackelberg** an.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Grundschule an der Fuchshofstraße wird zum Schuljahr 2020/2021 beginnend mit Klassenstufe 1 als Ganztagsschule nach § 4a Schulgesetz in Wahlform mit sieben Stunden an vier Tagen eingerichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsschule beim Regierungspräsidium Stuttgart zu stellen. (Anlage 1)
2. Für die Schulkinder der Klassenstufen zwei bis vier der Oststadtschule Außenstelle wird das bisherige Halbtagsmodell beibehalten und bis zum Ende des Schuljahres 2022/23 Kernzeiten- und Nachmittagsbetreuung angeboten (Bestandsschutz).
3. Ab dem Schuljahr 2020/2021 werden für die Ganztagsschulkinder und Halbtagsschulkinder von 7 bis 8 Uhr die Elternbeiträge für die ergänzende Betreuung an Ludwigsburger Ganztagsgrundschulen nach Gesetz erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:**Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

1. Der Sanierung der Fachklassenräume (Chemie) im Stammgebäude des Mörike-Gymnasiums wird zugestimmt.

Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)

2. Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt die Umbaumaßnahme im Bestandsgebäude des Mörike-Gymnasiums, Karlstraße 19, auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit **Projektkosten** von rd. 700.000 EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 300, 400, 600 + 700).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz erhält in den Haushaltsjahren 2020, 2021 und 2022 zur Fortführung ihrer aufsuchenden Suchtpräventiven Arbeit an den Innenstadtschulen Ludwigsburgs (ASPA) einen pauschalisierten Förderbeitrag in Höhe von 28.000 Euro/Jahr, zzgl. einer jährlichen Dynamisierung von 2,5 %.
2. Nach Ablauf des Rechnungsjahrs ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszugs aus der Jahresrechnung sowie ein Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Frau **Nägele** und Frau **Aschke** (Caritas) informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie erläutern das Angebot der aufsuchenden suchtpräventiven Arbeit an den Innenstadtschulen Ludwigsburgs und gehen insbesondere auf die Ziele, die beteiligten Schulen, das Stufenmodell, das Handlungskonzept, sowie das Theaterprojekt an der Justinus-Kerner-Schule ein. Zwischen den Jahren 2000 und 2018 habe man 19.524 Personen durch Veranstaltungen und Einzelgespräche erreicht. Weiter wird ein Einblick in die Entwicklungen der Jahre 2017 bis 2019 und ein Ausblick gegeben.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Das Thema Alkohol sei weiterhin sehr problematisch merkt Stadträtin **Seyfang** an. Die Arbeit sei wichtig, die Ansätze hervorragend und stimmt der Vorlage zu. Sie wolle wissen, ob die sozialen Medien ebenso problematisch seien.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht die Handy- und Internetnutzung ebenso als Sucht. Hieraus entstehen auch Konflikte. Das Angebot der ASPA sei reduziert. Die geleistete Arbeit sehe sie im Verhältnis zum Personalaufwand als enorm. Eine Umbenennung des Namens solle angedacht werden.

Stadträtin **Deetz** bedankt sich für diese wichtige Arbeit. Durch die sozialen Medien entstehe eine undurchsichtige Vernetzung und sie wünscht ein Konzept im Umgang mit den Dealern.

Die Arbeit sei wichtig und gut merkt Stadtrat **Dengel** an und unterstützt die Vorlage. Dennoch muss er pessimistisch im Rückblick auf die Vergangenheit anmerken, dass kaum Änderungen zu erwarten seien.

Stadtrat **Heer** sieht die aufsuchende Sozialarbeit als ergänzende wichtige Arbeit. Diese habe Wirkung und sei an den Schulen dringend notwendig.

Frau **Aschke** und Frau **Nägele** gehen auf die offenen Fragen ein. Man stehe in enger Zusammenarbeit mit den Schulsozialarbeitern und den Lehrern der Innenstadtsschulen. Sie geht auf das Gesamtkonzept ein. ASPA sei lediglich ein Teil der Suchtberatung in Ludwigsburg und habe einen spezifischen Auftrag. Das Thema Medien sei sehr umfassend. Der Fokus stehe zudem beim übermäßigen Medienkonsum

Die Eltern sollen in die Verantwortung genommen werden, wünscht Stadträtin **Moersch**. Merkmale des Suchtverhaltens sollen mit den Eltern besprochen werden.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg schließt ab dem Schuljahr 2019/2020 die Schüler-Zusatzversicherung für alle Schülerinnen und Schüler in Ludwigsburg mit der WGV ab. Die Kosten betragen 1 Euro pro Schüler und Schülerin und somit gesamt ca. 9.500 Euro pro Schuljahr.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadträtin Moersch
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

TOP 9 **Angebotsübersicht Seniorenarbeit**
- neue Broschüre
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung äußert Stadtrat **Daerner** aufgrund der Länge der Tagesordnung den Wunsch auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. Nachdem sich das Gremium hiermit einverstanden zeigt, setzt EBM **Seigfried** diesen TOP ab.

TOP 10 **Änderung der Feuerwehrsatzung der Stadt** **Vorl.Nr. 156/19**
Ludwigsburg
(Vorberatung)

Beschlussempfehlung:

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird nachfolgende Änderung der Feuerwehrsatzung hinsichtlich der stimmberechtigten Mitglieder des Feuerwehrausschusses (§14) beschlossen und tritt zum 04.07.2019 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
 Stadträtin Moersch
 Stadtrat von Stackelberg
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

EBM **Seigfried** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.